Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 9

Artikel: Ungarns Arbeiter in Revolution und Konterrevolution
Autor: Strasser, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337000

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

36. JAHRGANG
SEPTEMBER 1957
HEFT 9

ROTE REVUE

PETER STRASSER

Ungarns Arbeiter in Revolution und Konterrevolution

Der Heldenkampf der Arbeiterräte

Der Bericht des UNO-Untersuchungsausschusses über den Volksaufstand in Ungarn gibt, es ist wohl zum ersten Male, die Möglichkeit, ein historisches Ereignis auf Grund von mehr als hundert Zeugenaussagen und tausenden Dokumenten sofort nach, zum Teil noch während seines Ablaufes, objektiv zu untersuchen und darzustellen. Der Ende Juni veröffentlichte Bericht der UNO-Sonderkommission, die unter dem Vorsitz des dänischen Sozialdemokraten und heutigen Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Alsing Andersen tagte, ist ein «leidenschaftsloser Überblick», den Anderson und die anderen Mitglieder der Kommission – aus Australien, Ceylon, Tunesien und Uruguay – über die Lage in Ungarn gewonnen haben. Der viele hunderte Seiten starke – und sofort ausverkaufte – englische Bericht, ist trotz seiner Leidenschaftslosigkeit ein aufwühlendes Dokument, über das viel geschrieben wurde, dessen Inhalt jedoch bezeichnenderweise außer einigen Diplomaten, auch teilweise bisher wenigen Personen bekannt wurde. Die Ursache scheint darin zu liegen, daß einerseits die sowjetischen Parteien, deren Behauptung vom «faschistischen und reaktionären Charakter» der ungarischen Volkserhebung durch den Bericht ad absurdum geführt wird, kein Interesse an der Verbreitung des Berichtes haben und daß anderseits auch die bürgerliche Presse auffallend diskret ist, weil das Bild, das der Bericht zeichnet, gar nicht zu den Wunschvorstellungen des westlichen Bürgertums paßt. Die ungarische Revolution war kein Versuch zur «guten, alten kapitalistischen Zeit» zurückzukehren, wie sie es am liebsten gesehen hätten. Auch diese Legende wird durch den Bericht gründlich zerstört.

Die Schlußfolgerungen des UNO-Berichtes über den sozialen Charakter des ungarischen Volksaufstandes lauten:

«Die Erhebungen wurden von Studenten, Arbeitern, Soldaten und Intellektuellen geführt, von denen viele Kommunisten oder frühere Kommunisten waren. Die Teilnehmer an der Erhebung forderten, daß ein demokratischer Sozialismus die Grundlage der politischen Struktur Ungarns sein sollte und daß soziale Errungenschaften wie die Landreform gesichert bleiben sollten. Es ist unwahr, daß die Erhebung durch reaktio-

näre Kreise in Ungarn geschürt wurde oder ihre Kraft aus ‚imperialistischen' westlichen Kreisen empfing.» (Seite 34, Par. 89/II.)

Und weiter schreibt der Bericht, daß Imre Nagy zwar die symbolische Figur der Volkserhebung war, daß aber *«die eigentliche Macht der Revolution bei den Revolutionsräten und den Arbeiterräten lag»*. (35/89/VII)

Diese Beschreibung der ungarischen Volkserhebung als demokratisch-sozialistische Revolution, deren eigentliche Führung in den Händen proletarischer revolutionärer Organe lag, versuchen kommunistische und bürgerliche Zeitungen einträchtig zu verschweigen. Neben den Sudeleien der KP-Presse gegen die revolutionären Arbeiter Ungarns haben auch gewisse, sich als seriös bezeichnende bürgerlich-unabhängige Zeitungen – auch in Österreich – es nicht gescheut, bei ihren Wiedergaben der Schlußfolgerungen des UNO-Untersuchungsausschusses, gerade den Kern des Ergebnisses entweder einfach zu unterschlagen oder sogar zu verfälschen. Es ist leider unmöglich, den UNO-Bericht im vollen Umfang in einer Zeitschrift zu veröffentlichen. Wir beschränken uns auf die Darstellung des heroischen Kampfes der ungarischen Arbeiterräte. Ich habe dem Bericht der UNO nichts hinzugefügt, lediglich einige Kürzungen vorgenommen, Zwischentitel eingesetzt und Wiederholungen ausgemerzt. Die Zahlen in den Klammern bezeichnen die entsprechenden Paragraphen des Berichtes.

Im Buche der Freiheitskämpfe der Menschheit gibt es viele ruhmreiche Seiten, dennoch findet das «letzte Gefecht» der großen ungarischen Revolution, das die ungarischen Arbeiterräte im November und Dezember 1956 führten, kaum seinesgleichen.

A. Die Arbeiterräte in der Oktoberrevolution

Staatsgewerkschaften

Seit 1947 waren die Gewerkschaften in Ungarn ein Werkzeug der Regierung und schließlich der ungarischen (kommunistischen) Arbeiterpartei geworden. Von diesem Zeitpunkt an beschäftigten sie sich ausschließlich im Staatsinteresse mit der Festsetzung von Produktionsnormen, Arbeitsbedingungen und Lohnskalen. Ihre Führer wurden durch die Regierung ernannt und der Obmann des Betriebsrates in jedem Betrieb suchte die Betriebsratsmitglieder aus den politisch für die Partei verläßlichen Arbeitern aus. Bei Wahlen wurde nur ein Kandidat aufgestellt und durch Handheben gewählt. Unter diesen Umständen hörten die Arbeiter auf, die Gewerkschaften als ihre wirkliche Vertretung zu betrachten und setzten ihre Hoffnung in die Errichtung einer echten Arbeiterorganisation, die ihren Klagen und Forderungen gegenüber nicht gleichgültig bleiben würde. Die Kritik an den Gewerkschaften war bereits vor dem Aufstand so weit verbreitet, daß «Nepzava», das Zentralorgan des ungarischen Gewerkschaftsbundes am 9. September 1956 in einem Leitartikel erklärt:

«Die Gewerkschaftstätigkeit in Ungarn ist entartet und durch Jahre hindurch falsch geführt worden. Die Zeit ist nun gekommen, daß die Gewerkschaften wieder eine Arbeiterbewegung werden.» (539)

Das jugoslawische Beispiel

Die ungarischen Arbeiter bemerkten, daß im benachbarten Jugoslawien die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter besser als ihre eigene war und daß jugoslawische Arbeiter durch Arbeiterräte auf die Führung ihrer Betriebe Einfluß haben. Besonders gefiel den ungarischen Arbeitern das jugoslawische System, durch das der Betriebsleiter durch den Arbeiterrat gewählt wird, und nicht wie in Ungarn, aufgezwungen wird. Bereits geraume Zeit vor der Revolution wurden die Beziehungen der Arbeiter mit der Betriebsführung im allgemeinen und die Frage der jugoslawischen Arbeiterräte im besonderen im weiten Rahmen innerhalb der Gewerkschaften und im Petöfiklub diskutiert. Im Sommer und im Herbst 1946 fuhren führende Wirtschafter und Gewerkschafter nach Jugoslawien, um das Funktionieren der Arbeiterräte zu studieren und berichteten darüber in öffentlichen Versammlungen und in der Presse. (540)

Am Vorabend des Aufstandes wurden viele dieser Forderungen von Studentenorganisationen und intellektuellen Körperschaften erhoben. Der Petöfiklub und der kommunistische Jugendverband regten in einer Resolution am 22. Oktober an, daß das Zentralkomitee der Partei und die Regierung die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie in Ungarn fördern sollten

«durch Erfüllung der berechtigten politischen Forderungen der Arbeiterklasse und durch die Errichtung einer Betriebsautonomie und Arbeiterdemokratie».

Eine Erklärung des ungarischen Schriftstellerverbandes vom 23. Oktober enthielt folgenden Punkt:

«Betriebe müssen durch Arbeiter und Fachleute geführt werden. Das gegenwärtige erniedrigende System der Löhne, der Arbeitsnormen und der sozialen Sicherheitsbedingungen muß reformiert werden. Die Gewerkschaften müssen wirklich die Interessen der ungarischen arbeitenden Klasse vertreten.» (541)

Die Räte entstehen

Vor Ende Oktober entstand durch den Zusammenbruch des kommunistisch kontrollierten Parteiapparates in der öffentlichen Verwaltung ein Vakuum. Das ungarische Volk forderte die Abhaltung demokratischer Wahlen in allen selbständigen Körperschaften und die Ersetzung kommunistischer Parteifunktionäre und Polizeibeamter durch Personen, denen das Volk vertraute. Diese Forderung wurde durch die *Revolutionsräte* erfüllt, die in Stadt und Land die Aufgaben der Lokalverwaltungen übernahmen. (487)

Während diese Revolutionsräte die Unzufriedenheit des Volkes mit den Gemeindestuben des Regimes ausdrückten, waren die *Arbeiterräte* ein Versuch, eine Kontrolle der Arbeiter selbst über Betriebe, Bergwerke und ähnliche Unternehmen zu errichten. (489)

Nichts drückte die demokratische Richtung des ungarischen Aufstandes klarer aus, als das Entstehen der *Revolutionsräte* in Dörfern, Städten und Bezirken und der *Arbeiterräte* in den Betrieben. (485)

Revolutionsräte und Arbeiterräte schossen spontan in ganz Ungarn ohne jegliche zentrale Lenkung aus dem Boden. (430)

Sie waren engverwandte Erscheinungen der Revolution. In vielen Städten wurden die Revolutionsräte durch die Delegierten der Arbeiterräte gewählt und die Mehrzahl der Revolutionsräte hatte viele Arbeiter als Mitglieder. Auf diese Art bestand eine enge Verbindung zwischen dem Revolutionsrat und den Arbeiterräten des betreffenden Gebietes. (547) In Debrezin waren zum Beispiel von den 100 Mitgliedern des Revolutionsrates 60 Arbeiter, 20 Studenten, 20 Vertreter der bewaffneten Kräfte. In Raab und Eger waren Arbeiter, Bauern, Soldaten und Intellektuelle Mitglieder, in Jászberény die Hälfte Bauern. (500)

Der erste ungarische Arbeiterrat wurde in der «Vereinigten Glühlampenfabrik» in Budapest am 24. Oktober errichtet – zwei Tage bevor die Erlaubnis zur Errichtung solcher Räte durch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gegeben wurde. Die ersten Arbeiterräte in der Provinz entstanden am 25. Oktober in Debrezin und Dunapentele. Um den 26. Oktober bestanden Arbeiterräte bereits in vielen Betrieben in Budapest und in der Provinz. Sie wurden in den verschiedensten Unternehmen in Industriebetrieben, Bergwerken, Staatsgütern und Spitälern gewählt. (542)

Arbeiterräte der Betriebe eines bestimmten Gebietes bildeten miteinander Verbindungskomitees. Ein solches Komitee, genannt der «Zentrale Arbeiterrat von Csepel» wurde am 30. Oktober durch 19 Arbeiterräte dieses Gebietes gebildet. (Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest wurde nach dem zweiten sowjetischen Überfall errichtet. Dieser Groß-Budapester-Arbeiterrat war bestimmt, im November und im Dezember 1956 eine hervorragende politische Rolle zu spielen. (543)

Die Arbeiterräte wurden von den Betriebsarbeitern in freier demokratischer Wahl gewählt. Wenn, wie in einigen Fällen, aus Zeitmangel eine wirkliche Wahl nicht organisiert werden konnte, bildete ein provisorischer Arbeiterrat die tatsächliche Führung der Betriebsarbeiterschaft. Unter diesen gewählten Arbeiterräten befanden sich wenige Kommunisten. Die Industriearbeiter hatten zu kommunistischen Führern kein Vertrauen mehr. Viele Spitzenfunktionäre der früher von den Kommunisten kontrollierten Gewerkschaften zogen sich freiwillig von ihren Positionen zugunsten der neuen Führer der Arbeiterräte zurück. (544)

Aufgaben und Tätigkeit der Arbeiterräte

Die Aufgaben der Arbeiterräte änderten sich während der verschiedenen Phasen der Revolution. Jedenfalls waren die Räte vor allem aktive politische Organe der Arbeiter. Zwischen dem 24. und 31. Oktober waren sie praktisch «Streikkomitees» und Stützpunkte für kämpfende Arbeiter. Nach dem 31. Oktober bis zum zweiten sowjetischen Überfall betrachteten die Arbeiterräte die Vorbereitung der Arbeitswiederaufnahme als ihre Hauptaufgabe. Von diesem Zeitpunkt an befaßten sich die Arbeiterräte voll mit den politischen Problemen der Revolution. Sie beschäftigten sich auch mit der Organisation der Lebensmittelversorgung für die Budapester, insbesondere für die Spitäler und halfen bei der Wiederherstellung der beschädigten Spitäler und Betriebe und Verkehrseinrichtungen. Gewöhnlich war der erste Schritt jedes Rates die Entlassung der bisherigen Betriebsleitung. In vielen Fällen entließen die Arbeiterräte nur die kommunistischen Direktoren und Personalchefs, behielten aber technische und geschäftliche Fachleute, wenn sie keine Mitglieder der Partei waren. Eine andere Maßnahme der Arbeiterräte war, von den Bankkonten und von anderen erreichbaren Fonds Geld abzuheben, um die Arbeiterlöhne auszubezahlen. Die Arbeiterräte versuchten auch für die Arbeiter und ihre Familien Lebensmittel sicherzustellen. In manchen Fällen wurde, zum Schutze der Fabrik, ein Betriebsschutz aufgestellt. Viele Arbeiterräte zerstörten die «weißen Karten», die über alle Arbeiter vom Personalchef geführt wurden. Oft wurden die Bilder russischer oder kommunistischer Führer und Embleme der Sowjets entfernt. In einigen Fällen wurden Pläne für eine Produktionssteigerung und Kostensenkung des Unternehmens vorbereitet. (545)

Die Arbeiterräte waren auch für die Übermittlung der politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter an die Regierung Nagy verantwortlich. Diese Aufgabe war zu Beginn des Aufstandes von großer Bedeutung, später jedoch von geringerer, als die Hauptforderungen von den Revolutionsräten erhoben wurden. In den ersten Novembertagen stieg, mit der fortschreitenden Konzentierung russischer Truppen auf ungarischem Boden, die politische Bedeutung der Arbeiterräte neuerlich und wurde nach dem 4. November überragend. (546)

Die oft mit Streikdrohungen verbundenen Forderungen der Arbeiterräte ähnelten in den meisten Fällen den Forderungen der Revolutionsräte. So verlangte zum Beispiel am 26. Oktober der Arbeiterrat von Miskolcz, daß die Sowjetarmee Ungarn sofort verlassen solle und daß eine neue ungarische Regierung zu bilden sei, die eine vollständige Amnestie für alle Aufständischen erlassen solle. Die Vertreter von Arbeiterräten einer großen Anzahl von Betrieben in Groß-Budapest forderten am 31. Oktober in der Belojanis-Fabrik freie und geheime Wahlen mit Beteiligung mehrerer Parteien, einen

Prozeß für die Verantwortlichen der AVH-Massaker, den sofortigen Rücktritt verschiedener Minister und den sofortigen Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt. (548)

Die Legitimierung der Arbeiterräte

Die Arbeiterräte wurden sehr rasch von den Gewerkschaften, der Kommunistischen Partei und der Regierung anerkannt. Ministerpräsident Nagy empfing am 25. Oktober eine Delegation einer Gruppe von Arbeitern aus Borsod, die ihm 21 Forderungen, darunter einige spezifische Arbeiterforderungen, unterbreitete. Am 26. Oktober meldete Radio Budapest, daß der Ministerpräsident diese Forderungen angenommen habe und daß er sie in sein neues Regierungsprogramm aufnehmen werde. (550)
Am Morgen des 26. Oktobers kündigte das Präsidium des ungarischen Gewerkschaftsbundes ein neues politisches und wirtschaftliches Programm an. Der erste Punkt des Wirtschaftsprogrammes lautete:

> «*Bildung von Arbeiterräten in jedem Betrieb unter der Beteiligung der Intellektuellen der Fabrik, Errichtung einer Arbeiterbetriebsführung parallel mit einer radikalen Änderung des zentralen Planungssystems und der Wirtschaftspolitik des Staates. Arbeiter und Betriebsintellektuelle übernehmen die Leitung der Betriebe. Sofortige Bildung der Arbeiterräte, die mit ihren Gewerkschaftszentralen ohne Zögern in Verbindung zu treten haben, um über ihre Aufgaben Beschlüsse zu fassen.*»

Weiter wurde mitgeteilt, daß die ungarischen Gewerkschaften wieder so aktiv wie vor 1948 werden würden und daß sie ihren Namen in «Ungarische Freie Gewerkschaften» zu ändern hätten. Später richtete das Präsidium folgenden Appell an die Arbeiter:

> «*Arbeiter!*
> *Die Sehnsucht der arbeitenden Klasse ist erfüllt worden. Die Unternehmen werden durch die Arbeiterräte geführt werden. Dadurch wird die Überführung der Betriebe in das Volkseigentum vollständig.*
> *Arbeiter und Techniker!*
> *Ihr könnt nun die Betriebe völlig als euer eigen betrachten. Von nun an werdet ihr sie selbst führen. Die übertriebene zentrale Lenkung der Betriebe, die bisher den Vorrang hatte, wird nun, mit allen Fehlern die daraus entstanden sind, aufhören. Schwere Verantwortung wird den Arbeiterräten übertragen. Aus diesem Grunde müßt ihr die Mitglieder solcher Räte mit großer Umsicht aus dem Kreis der erfahrensten und besten Arbeiter wählen. Die neue Regierung wird die Löhne der kleinen Lohnempfänger erhöhen. Je eher ihr die Erzeugung in den Betrieben wieder aufnehmt, um so besser unsere Räte arbeiten, um so rascher können die Löhne erhöht und um so höher können sie gesteigert werden. Darum gebt der ungarischen Regierung bei ihren Bemühungen um einen sozialistischen Aufbau und ein freies und demokratisches Ungarn eure volle Unterstützung.*» (551)

Spät am Abend des 26. Oktobers erklärte sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei mit der Wahl der Arbeiterräte «in Zusammenarbeit mit den Organen der Gewerkschaften» einverstanden. Es fügte hinzu, daß Löhne und Gehälter erhöht werden müßten, um «die rechtmäßigen materiellen Forderungen der Arbeiterklasse» zu erfüllen. Später erklärte das Zentralkomitee noch, daß die Partei «volles Vertrauen in unsere Arbeiterklasse» habe, die die führende Kraft zum Sozialismus sei und der sie unter allen Umständen vertraue. Es wurde auch die Hoffnung ausgedrückt, daß durch die Organisation der Arbeiterräte, die Arbeiterklasse, dem neuen Politbüro der Kommunistischen Partei und der neuen Regierung ihre Unterstützung leihen werde. (552) Am 27. Oktober schlug das Präsidium der Gewerkschaften «überall» die Errichtung von Arbeiterräten vor und gab Richtlinien für ihre «Wahl, Funktionen und Aufgaben» heraus.

Am 28. Oktober empfahl die ungarische (kommunistische) Arbeiterpartei die Errichtung dieser Räte in «Szabad Nép», dem offiziellen Organ der Partei:

> *«Nachrichten kommen aus allen Teilen des Landes über die Errichtung von Gemeinde- und Bezirksräten, Arbeiterräten, Nationalräten, oder revolutionär-sozialistischen Komitees – viele verschiedene Namen. Sie alle jedoch ähneln einander als spontane, volkstümliche Organe, die durch das Auftauchen einer neuen Demokratie in diesem Lande ins Leben gerufen wurden. Wir wissen nicht, wer die Mitglieder dieser Räte sind. Was wir aber wissen, ist, daß sie Vertreter der Arbeiter sind und daß sie demokratisch gewählt wurden. Keiner unter ihnen würde das Vertrauen des Volkes täuschen, keiner würde seine Macht mißbrauchen oder nur an seine persönliche Stellung denken. Unter ihnen befinden sich vom Volke geachtete und geliebte Kommunisten. Aus den ersten Maßnahmen dieser Organe des Volkes spricht das gesunde Urteil und die Intelligenz der arbeitenden Massen.»* (491)

Die offizielle Anerkennung der Revolutionsräte erfolgte im Namen der Nationalen Regierung durch Nagy am 30. Oktober. Die Errichtung von Arbeiterräten in allen Betrieben wurde durch das Zentralkomitee der (kommunistischen) Arbeiterpartei Ungarns in einer Erklärung am 26. Oktober empfohlen, und am selben Tage richtete das Präsidium des Gewerkschaftsbundes einen ähnlichen Appell an alle Arbeiter. (492)

Wieder «Freie Gewerkschaften»

Am 30. Oktober wurde die Exekutive der Gewerkschaften in die Exekutive der «Freien Gewerkschaften» umgewandelt und ersetzte die alte Führung durch ein «provisorisches Revolutionskomitee», das aus alten Gewerkschaftsführern, die entlassen und in der Vergangenheit eingekerkert worden waren und aus neuen revolutionären Gewerkschaftsführern zusammengesetzt war. Eine der ersten Taten dieses Komitees war die Erklärung, daß die unga-

rischen Gewerkschaften den Weltgewerkschaftsbund verlassen würden und «im Interesse der Verstärkung der internationalen Arbeitersolidarität» willens seien, Beziehungen mit jeglicher internationalen Gewerkschaftsorganisation herzustellen. Überdies appellierte das Komitee am 31. Oktober an die Arbeiterräte, «die Arbeiter aufzufordern, an ihre Arbeitsstätten zurückzukehren und unter der Führung der Arbeiterräte die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu schaffen». (555)

Das ist unsere Revolution!

Die Einrichtung der Arbeiterräte wurde durch die ungarische Presse, das Radio, durch Berufs- und andere Organisationen begeistert unterstützt. So erklärte am 28. Oktober die «Vaterländische Front»:

> *«Das ist unsere Revolution, weil sie die unmenschlichen Produktionsnormen abschafft und die Fabriken den Arbeiterräten anvertraut.»*

Das Revolutionskomitee der ungarischen Intellektuellen unterstrich in seinem Programm vom 28. Oktober, daß

> *«Betriebe und Bergwerke wirklich das Eigentum der Arbeiter werden müßten» und daß sie «nicht an Kapitalisten zurückgegeben, sondern durch freie gewählte Arbeiterräte verwaltet werden würden».* (556)

Nachdem die Einrichtung der Arbeiterräte so die Zustimmung der Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei erhalten hatte, fand sie auch ihren Niederschlag im Programm der neuen Regierung Nagy. Der Ministerpräsident begrüßte am 28. Oktober im Namen der Regierung «die Initiative der Betriebsarbeiter zur Erweiterung der Betriebsdemokratie» und stimmte der Bildung der Arbeiterräte zu. Er sagte auch, daß die Regierung Maßnahmen treffen werde, um zur Befriedigung der Arbeiterklasse seit langem bestehende und berechtigte Forderungen zu erfüllen und alte Klagen abzustellen.» (557)

Sowjetüberfall verhindert Arbeitsaufnahme

Am 1. November hatten die Arbeiterräte der großen Budapester Betriebe, die Delegierten der verschiedenen revolutionären Organisationen und der Exekutive der Freien Gewerkschaften zwei Sitzungen mit Vertretern der Regierung um die «schwere Lage» zu diskutieren, die durch die Fortsetzung des gesamtungarischen Streikes entstanden war. Bei diesen Sitzungen sprach im Namen der Nagy-Regierung Ferenc Erdpi und appellierte durch die Vertreter der Arbeiterräte und Gewerkschaften an die ungarischen Arbeiter, die Arbeiter wieder aufzunehmen. Am nächsten Tag riefen 17 große Budapester Betriebe, darunter das Csepeler Stahl- und Metallwerk, alle Arbeiter Ungarns auf, «die Arbeit sofort wieder aufzunehmen».

Sie stellten dann fest, daß nach ihrer Meinung die Regierung die hauptsächlichen Forderungen des ungarischen Volkes erfüllt habe: die Aufkündigung des Warschauer Vertrages und die Neutralitätserklärung. Außerdem

«gibt es Garantien, daß in naher Zukunft Wahlen mit geheimer Abstimmung» gehalten werden. Der Appell sagte, daß «fortgesetzte Streiks das wirtschaftliche Leben des Landes lähmen würden» und daß «die Wiederaufnahme der Produktion jene Kraft geben wird, die unser politisches Leben im Augenblick benötigt». (558)

Weitere Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung und der hauptsächlichen Arbeiterräte von Groß-Budapest am 2. und 3. November ergaben, daß die Arbeit in allen ungarischen Industrien und Betrieben am Montag, dem 5. November, wieder aufgenommen werden sollte. (559)

(Durch den zweiten russischen Überfall, Sonntag, 4. November, kam es nicht zu dieser Wiederaufnahme. Anmerkung.)

B. Die Arbeiterräte gegen die Konterrevolution

Nach dem zweiten sowjetischen Überfall am 4. November blieben die Revolutionsräte und die Arbeiterräte als einzige politische Organe übrig. Die Arbeiterräte waren durch die Zahl ihrer Mitglieder und der Menschen, die sie vertraten, am bedeutendsten. Ihre Organisation war am weitesten fortgeschritten, und sie besaßen in den Betrieben wirtschaftliche Grundlagen. Die Arbeiterräte gingen aus der Revolution als die einzigen Organisationen hervor, die über die überwältigende Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung verfügten und die durch ihre Lage die Regierung zwangen, mit ihnen zu verhandeln, denn sie waren die einzige Kraft, die imstande war, die Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. In den Wochen, die der sowjetischen Unterdrückung der Revolution folgten, versuchten die Räte ihre Positionen als Eigentümer der Betriebe auszubauen, indem sie Betriebsleistungsfunktionen, die Produktionsorganisation als auch die Arbeitslenkung selbst übernahmen. (641)

Kadars erste Versprechungen

Bei der Ankündigung der Bildung seiner neuen Regierung am 4. November führte Herr Kadar ein Programm in 15 Punkten aus. In dieser Erklärung gab es verschiedene Punkte, die die Arbeiter beruhigen sollten.

Im Punkt 3 heißt es, daß «die Regierung den Bruderkampf beenden und den inneren Frieden und die Ruhe wieder herstellen wolle. Die Regierung werde es nicht dulden, daß Arbeiter, unter dem Vorwand, an den Revolutionsereignissen teilgenommen zu haben, verfolgt würden». Punkt 8 spricht von der «Ausmerzung der Bürokratie» und verspricht eine «breite Entwicklung der Demokratie im Interesse der Arbeiter». Punkt 9: Auf der Grundlage dieser «breitesten Demokratie müßte die Betriebsführung durch Arbeiter in Fabriken und Unternehmungen verwirklicht werden». Punkt 11: «Sicherung demokratischer Wahlen der bestehenden Verwaltungskörperschaften und Revolutionsräte». Punkt 15: «Nach der Wiederherstellung von Ruhe und

Ordnung wird die ungarische Regierung mit der Sowjetunion und den anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages Verhandlungen über den Rückzug der Sowjettruppen von Ungarn aufnehmen.» (642—643)

Die Arbeiter lassen sich nicht täuschen

Diesem Programm gelang es jedoch nicht, das Vertrauen der Arbeiterräte zu gewinnen oder sie zu bewegen, die Autorität der neuen Regierung anzuerkennen. Die Forderungen, die die Arbeiterräte in Verhandlungen mit der Kadar-Regierung aufnahmen, gründeten sich auf die 16 Punkte des revolutionären Programms der Studenten vom 23. Oktober. Also unter anderem: sofortiger Abzug der Sowjettruppen von ungarischem Gebiet. Freie Wahlen zu einem bestimmten Datum mit Teilnahme aller demokratischen Parteien unter UNO-Kontrolle. Sofortiger Austritt aus dem Warschauer Pakt und Maßnahmen um die Anerkennung der ungarischen Neutralität durchzusetzen. Streikrecht! Veröffentlichung aller Handelsabkommen. (643)

In den Wochen nach dem zweiten sowjetischen Überfall sandten die Arbeiterräte der verschiedenen Betriebe Delegationen ins Parlamentsgebäude, um ihre Forderungen mit den Vertretern der Regierung zu diskutieren. Trotz allen Unterschieden waren diese Forderungen immer auf der Linie der früheren 16 Punkte. Es gab auch ein schweigendes Übereinkommen zwischen den Arbeiterräten, daß der Streik so lange anhalten werde, bis die Regierung erkennen ließe, daß sie zumindest versuchen wolle, die Hauptforderungen zu erfüllen. Die ersten Verhandlungen fanden zwischen Innenminister Münnich und den Vertretern des Arbeiterrates des 1. Budapester Bezirkes statt. Während dieser Verhandlungen war ein Mann in sowjetischer Militäruniform anwesend, der sich aber in die Diskussion nicht einmischte. Eine Verständigung wurde nur in einem einzigen Punkt erzielt, und zwar in der Frage der Errichtung einer bewaffneten Arbeitermiliz. Aber am nächsten Tag zog Münnich seine Zustimmung telephonisch zurück, der Arbeiterrat des 11. Bezirkes setzte daher den Streik fort. Eine Reihe von Delegationen der verschiedensten Arbeiterräte erschien in den nächsten Tagen im Parlamentsgebäude. (644)

Gründung des Arbeiterrates von Groß-Budapest

In der ersten Hälfte des Novembers erörterten die verschiedenen Arbeiterräte die Möglichkeit der Koordinierung ihrer Tätigkeit durch ein gemeinsames Organ für ein größeres Gebiet, durch das sie wirksamere Verhandlungsmittel mit der Regierung erlangen würden. In Versammlungen, die am 13. und 14. November in Ujpest stattfanden und an denen 500 Delegierte der Arbeiterräte teilnahmen, wurde der «Arbeiterrat von Groß-Budapest» errichtet, und Sandor Racz wurde zum Vorsitzenden gewählt. Von diesem Zeitpunkt an wurden Verhandlungen mit der Regierung meist durch das Exekutivkomitee des Arbeiterrates von Groß-Budapest geführt, aber auch

Vertreter besonderer Arbeiterräte, wie zum Beispiel des Zentralen Arbeiterrates von Csepel, setzten direkte Verhandlungen mit der Regierung fort. Die bedeutendste Frrage, die der Arbeiterrat von Groß-Budapest zu behandeln hatte, war die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Delegierten der verschiedenen Arbeiterräte berichteten, daß die Arbeiter darauf bestanden, den Streik fortzusetzen, weil sie der Auffassung waren, daß dies ihre letzte Waffe sei, bis die Regierung ihnen die Erfüllung ihrer Forderungen garantiere. In der Versammlung vom 14. November wurde eine Delegation des Arbeiterrates von Groß-Budapest gewählt und aufgefordert, sich ins Parlamentsgebäude zu begeben, um Kadar die Arbeiterforderungen vorzulegen. (645)

Verhandlungen mit Kadar

Zwischen dem 15. und 17. November gab es wichtige Besprechungen zwischen dem Groß-Budapester Arbeiterrat und Kadar. In der ersten Besprechung ließen die Vertreter der Räte keinen Zweifel daran, daß die Arbeiterräte für den Sozialismus und für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel seien. Dann unterbreiteten sie ihre Forderungen. Zur Frage Nagy sagte Kadar, daß er sich innerhalb der Gesandtschaft eines fremden Landes befände, bei der er um politisches Asyl angesucht habe und daß daher keine Möglichkeit sei, mit ihm in Kontakt zu treten. Sollte Nagy sich entschließen, auf ungarischen Boden zurückzukehren, so würde es möglich sein, sich mit ihm zu beraten und möglicherweise ein Übereinkommen zu treffen. Auf die Forderung der Errichtung eines Mehrparteiensystems und freie Wahlen erklärte Herr Kadar:

> *«Wir geben das Monopol der Partei auf, wir wünschen ein Mehrparteiensystem und eine reine und ehrliche Wahl. Wir wissen, daß das nicht leicht sein wird, denn die Macht der Arbeiter kann nicht nur durch Kugeln, sondern auch durch Wahlen zerstört werden. Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß wir bei den Wahlen gründlich geschlagen werden, aber wir nehmen den Wahlkampf auf, weil die Kommunistische Partei die Stärke haben wird, wiederum das Vertrauen der arbeitenden Massen zu gewinnen.»*

Er erklärte, daß ein Verdrängen der Kommunisten aus dem Parlament den Umsturz des Sozialismus notwendigerweise zur Folge haben werde. Über die Sowjettruppen sagte er:

> *«Wir waren gezwungen, um Intervention der Sowjettruppen anzusuchen. Wir waren mit der unmittelbaren Gefahr des Umsturzes der Volksmacht bedroht. Zuerst muß die Konterrevolution durch die mit Hilfe der bewaffneten Arbeiter gefestigten Volksmacht gebrochen werden, und danach werden die Sowjettruppen von Budapest zurückgezogen werden, und wir werden um ihren Abzug aus Ungarn verhandeln.»*

Die Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung, sagte Kadar, sei nicht endgültig, sie würde erweitert werden. Zur Frage der Neutralität äußerte er

sich, «das ist eine sehr verständliche Forderung, aber wir verlangen vergeblich Neutralität, wenn die konterrevolutionären Imperialisten auf unsere Neutralität speien». Die Forderungen der Arbeiterräte, die sowjetisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen berührend, versicherte Herr Kadar der Delegation, daß in Zukunft alle Handelsverträge veröffentlicht werden würden. Das ungarische Uranerz der Sowjetunion werde zu Weltmarktpreisen verkauft, «*aber wir besitzen nicht die äußerst kostbare Ausrüstung, die zur Uraniumgewinnung benötigt wird*». Auf die Forderung der Delegation, daß Parteizellen in den Betrieben nicht neuerlich errichtet werden sollen, antwortete Kadar, daß er die Parteiorganisation in den Betrieben für wesentlich halte. Jedoch wiederholte er das Versprechen, daß niemand für seine Teilnahme an der großen Volksbewegung der letzten Wochen zu Schaden kommen solle. Dann forderte er die Delegation des Groß-Budapester Arbeiterrates auf, durch die Wiederaufnahme der Arbeit zu beweisen, daß sie wirklich die ungarische Arbeiterschaft vertrete. (646)

Die versöhnliche Haltung der Regierung zu einer Zahl von Arbeiterforderungen und die Erkenntnis, daß ein erfolgreicher Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit ein Beweis der Stärke der Arbeiterräte sein werde, führte den Budapester Arbeiterrat dazu, einen gewissen mäßigenden Einfluß auf die Arbeiterräte auszuüben, die der Wiederaufnahme der Arbeit unter der Bedingung zustimmten, daß ihnen das Streikrecht erhalten bliebe, für den Fall, daß die Regierung ihre Versprechungen nicht ausführen sollte. Die Arbeiterräte stimmten daher zu, daß der Groß-Budapester Arbeiterrat am 16. November die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit für den 19. November, um 8 Uhr früh, auffordern solle.

Kadar: «Mein Wort genügt!»

Die zweite Besprechung zwischen den Vertretern des Groß-Budapester Arbeiterrates und Kadar fand am 17. November von Mitternacht bis 4 Uhr morgens statt. Kadar wurde davon unterrichtet, daß der Groß-Budapester Arbeiterrat als Zeichen des Entgegenkommens zur neuen Regierung zur Arbeitsaufnahme aufgerufen habe. Die Delegierten forderten dann die Errichtung eines «Obersten Rates der Arbeiterräte» der durch eine Verordnung des Präsidialrates geschaffen werden sollte. Kadar erwiderte, daß er die Schaffung eines solchen Kontrollorgans für überflüssig halte, da es bereits eine Arbeiterregierung in Ungarn gäbe. Er war anderseits jedoch bereit, die Arbeiterräte in den einzelnen Betrieben anzuerkennen und sogar die Errichtung von Arbeitermilizen in solchen Betrieben anzuerkennen. Er wiederholte dann seinen Wunsch, daß die Delegierten ihren Einfluß für die Arbeitswiederaufnahme geltend machen sollten. Wenn sie das tun wollten, so würde er seinen Einfluß für den Rückzug der russischen Truppen von Budapest geltend machen, und er werde zusammen mit den Vertretern der Arbeiterräte

Verhandlungen mit den Vertragsteilnehmern des Warschauer Vertrages über die Möglichkeit der Erklärung der Neutralität Ungarns verhandeln. Die Delegation ersuchte Kadar dann um eine geschriebene Erklärung, die sie ihren Arbeiterräten zeigen könnten. In dieser Erklärung sollte die Revolution als gesetzlich erklärt werden und Kadar das Versprechen geben, daß er alles in seiner Macht Stehende tun werde, um den Abzug der russischen Truppen und die Befreiung der gefangenen Freiheitskämpfer zu erwirken. Herr Kadar antwortete, daß sein Wort genügen müßte. (648)

Die Spannung verschärft sich

Die Beziehungen zwischen dem Kadar-Regime und den Arbeitern verschlechterten sich, als am 21. November der Groß-Budapester Arbeiterrat eine Sitzung einberief, um den Gesetzesentwurf über die Errichtung und Kompetenz der Arbeiterräte zu diskutieren und diese Sitzung verboten und aufgelöst wurde. Die Arbeiter beanstandeten eine Anzahl von Punkten des Gesetzes, insbesondere das Recht, daß den Ministerien zugesprochen wurde, Direktoren zu bestellen. Sie waren der Auffassung, daß dies ein Einbruch in ihre Sphäre sei.

Zum Protest gegen das Verbot der Sitzung rief der Budapester Arbeiterrat zu einem 48stündigen Streik auf. Die Lage wurde gleichzeitig dadurch verschlechtert, daß durch einen Regierungserlaß Regierungskommissäre für gewisse Betriebe bestellt wurden. (649)

Die Regierungskommissäre waren ausersehen, Streitigkeiten zwischen den Arbeiterräten und Ministerien zu schlichten. Neue Diskussionen fanden darum zwischen dem Budapester Arbeiterrat und Kadar am 22. und 23. November statt. In ihrem Verlauf versprach Kadar, daß er dem Ministerrat vorschlagen werde, den betreffenden Paragraphen über die Bestellung der Direktoren zu ändern. Die Regierung anerkenne den Groß-Budapester Arbeiterrat als eine beratende Körperschaft, deren Empfehlungen die sorgfältigste Prüfung und Beachtung geschenkt werden werde. Als Ergebnis dieser Besprechung rief der Groß-Budapester Arbeiterrat die Arbeiter zur Arbeitsaufnahme auf und erklärte aber gleichzeitig, daß die Ergebnisse der Besprechungen nicht zufriedenstellend seien. Der Rat wiederholte seine ursprünglichen Forderungen und erklärte, daß die sofortige Fortsetzung der Verhandlungen notwendig sei. Neuerliche Verhandlungen fanden am 25. November statt. Die Arbeitervertreter blieben bei ihren ursprünglichen Forderungen vom 23. Oktober und beschuldigten das Regime einer unnachgiebigen Haltung und der Nichterfüllung der Forderungen, wie zum Beispiel der Aufnahme von Arbeitern in die öffentlichen Sicherheitskräfte und die Organisation der Betriebsmilizen. Sie widerlegten Minister Apro, der behauptet hatte, daß viele Arbeiterräte nicht von Arbeitern geführt werden, und sie stellten fest, daß Techniker und Ingenieure, die direkt in der Produktion

arbeiteten, als Arbeiter zu betrachten seien. Einer der Arbeitervertreter erklärte:

«Wir werden nicht gestatten, daß ein Keil zwischen die fortschrittlichen Intellektuellen und die Arbeiter getrieben wird.»

Über das Streikrecht sagten sie, daß diese Frage im Grundsatz innerhalb der Kompetenz der Gewerkschaften läge, daß aber die Gewerkschaften nicht für die Arbeiter sprechen könnten, bis sie durch die Arbeiter von unten aufgebaut wären. Bis zu diesem Zeitpunkt betrachten sich die Arbeiterräte als das zuständige Organ, über die Frage von Streik zu entscheiden. (650)

Kadar: «Zu Tode prügeln!»

Nachdem einige Minister die Haltung der Regierung zu verschiedenen Fragen bekanntgegeben hatten, gab Kadar eine allgemeine Erklärung, in der er von allen seinen früheren Erklärungen abrückte. Zum erstenmal erklärte er geradeheraus, daß die Nagy-Regierung eine Tarnung für Konterrevolutionäre gewesen sei. Erst wenn die Volksdemokratie wieder gestärkt sein werde, wenn die Ordnung wieder hergestellt, das Leben normalisiert sei und wenn die letzten Spuren der Konterrevolution verschwunden wären, dann würde die Regierung Verhandlungen mit den Sowjets über die Frage des Abzugs der sowjetischen Truppen aufnehmen. Erst dann würde die Regierung erweitert werden und Nichtparteimitglieder aufnehmen. Kadar rechtfertigte die Verschleppung von Nagy damit, daß, wenn es ihm gestattet gewesen sei, nach Hause zu gehen, konterrevolutionäre Elemente ihn hätten ermorden können, um der Regierung die Schuld zuzuschieben und um Unruhe im Lande zu schaffen. In den folgenden Tagen sagte Kadar, über die Verantwortlichen des Streiks sprechend,

«ein Tiger kann nicht durch Leckerbissen gezähmt werden, er kann zahm und friedfertig nur dadurch gemacht werden, daß er zu Tode geprügelt wird... Jeder Arbeiter hat sofort und bedingungslos die Arbeit nach besten Kräften aufzunehmen und mit dem Entwerfen und Kritzeln von Forderungen aufzuhören.» (651)

Auflösung von Arbeiterräten und Verhaftungen

Inzwischen erhöhte sich die Spannung. Revolutionsräte wurden aufgelöst, und es kam zu Zusammenstößen zwischen Betriebsarbeitern auf der einen und russischen Kräften und Miliz auf der andern Seite. Am 6. Dezember wurden die Obmänner der Arbeiterräte der Ganz und MAVAG-Fabriken verhaftet. Am selben Tag warnte in einem Aufruf der Groß-Budapester Arbeiterrat die Regierung, die Politik der Verhaftung von Arbeiterführern fortzusetzen, da sie zu einem Generalstreik, neuem Blutvergießen und einer neuen nationalen Tragödie führen müßte.

«Die Regierung gründet ihre Macht nicht auf die Arbeiterräte, trotz allen Versprechen des Genossen Kadar. Führer und Mitglieder der Arbeiterräte

werden verhaftet... sie werden ohne Untersuchung und Verhör während der Nacht aus ihren Wohnungen verschleppt... friedliche Zusammenkünfte der Arbeiterräte werden unterbrochen oder mit bewaffneter Gewalt unmöglich gemacht.»

Eine Antwort der Regierung wurde für den 7. Dezember verlangt. Als keine Antwort eintraf, rief der Groß-Budapester Arbeiterrat am 9. Dezember zu einem 48stündigen Streik für den 11. und 12. Dezember auf, um

«gegen die Unterdrückung der Arbeiter und ihrer gewählten Vertreter zu protestieren.»

Die Regierung erklärte darauf den Groß-Budapester Arbeiterrat und alle Arbeiterräte über Einzelbetriebsebene für ungesetzlich und veröffentlichte einen Gesetzeserlaß über ihre Auflösung. Am 11. Dezember wurde der Obmann des Groß-Budapester Arbeiterrates, Sando Racz, und sein Sekretär Sando Bali verhaftet. In den folgenden Tagen gab es weitere Verhaftungen von Arbeiterführern. Weitere Verordnungen wurden erlassen über das Verbot von Versammlungen ohne polizeiliche Erlaubnis und über Polizeianhaltung für eine Periode von sechs Monaten für alle jene, die die Wiederaufnahme der Arbeit hinderten.

Die letzten Verhandlungen

Mit der Auflösung des Groß-Budapester Arbeiterrates verloren die Arbeiterräte viel von ihrem Einfluß als politische Einrichtung, und es wurde klar, daß ihre Funktionen nun mehr und mehr auf gewisse innere Fragen einzelner Betriebe beschränkt wurden. (653)

Es fanden noch Verhandlungen gegen Ende Dezember zwischen Vertretern der Arbeiterräte und der Regierung statt. Delegierte von Bergwerksgebieten kamen, um Kadar zu sehen und erklärten ihre Bereitschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn er ihre Forderungen vom 27. Dezember erfülle. Kadar empfing auch Vertreter des Zentralen Arbeiterrates von Csepel, die ihn schon lange Zeit sprechen wollten. Bei dieser Gelegenheit gab es eine beträchtliche Spannung zwischen Kadar und den Arbeitern. Die Delegierten protestierten gegen die Tatsache, daß frühere AVH-Mitglieder aufgenommen und in die Miliz eingestellt wurden, ebenso auch in den Werkschutz. Herr Kadar antwortete:

«Was denkt ihr euch, denkt ihr wirklich, daß ich die Miliz mit Faschisten verstärken will. Diese Leute sind alle Opfer der Konterrevolution und unterstützen die Regierung. Es ist klar, daß wir uns auf sie verlassen.»

Auf die Arbeiterforderung, innerhalb eines Betriebes eine Zeitung herausgeben zu dürfen, antwortete Kadar:

«Jedermann wünscht die Erlaubnis, neue Zeitungen herauszugeben. Ich kann euch prophezeien, was die Schlagzeile auf eurer ersten Seite sein wird: ‚Die heroische Oktoberrevolution des ungarischen Volkes.' Wir

haben bereits große Erfahrungen in diesen Beziehungen, und das ist die Ursache, warum wir alle Zeitungen verbieten, weil sie solche provokative Artikel enthielten.»

Die Delegation verließ wütend das Parlamentsgebäude. (Gegen Ende Dezember kam es zu immer mehr Reibungen innerhalb der Betriebe zwischen den Regierungskommissaren – von den Ministerien eingesetzte Direktoren – und den Arbeiterräten.) (634)

Die letzte Bastion: Das rote Csepel

Der kompromißlose Ton der Regierungserklärungen, die Nichterfüllung der Regierungsversprechen und die Überzeugung, daß die Regierung keine Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten finden wollte, sondern versuchte, sie stückweise ihrer Macht zu entkleiden, die verstärkte Polizei und Parteitätigkeit veranlaßte eine Zahl von Arbeiterräten, zu demissionieren. Im roten Csepel, wo zwei frühere Direktoren gegen den Protest der Arbeiter wieder eingestellt worden waren, gab es Entmutigung, und die Arbeiter, deren Haltung immer und immer wieder als konterrevolutionär bezeichnet wurde, begrüßten sich gegenseitig als «Herr Graf» und «Herr Baron». Am 8. Januar demissionierte der zentrale Arbeiterrat von Csepel, der Mitte November gewählt worden war und sich aus 58 Mitgliedern, darunter 40 Arbeitern, zusammensetzte, mit folgender

Proklamation:

«Es waren die geheiligten Ereignisse der 23. Oktoberrevolution des ungarischen Volkes, die uns ins Leben gerufen haben, für die Errichtung eines unabhängigen freien und demokratischen Ungarn, für die Schaffung der Fundamente eines Lebens, frei von Furcht.

Die Ereignisse der Zwischenzeit beweisen jedoch, daß wir nicht in der Lage sind, unter den gegenwärtigen Umständen unser Mandat auszuüben. Wir haben keine andere Rolle, als die Befehle der Regierung durchzuführen. Wir können jedoch keine Befehle ausführen, die gegen unsere Überzeugung sind, und wir können nicht passiv dasitzen, wenn Mitglieder von Arbeiterräten ohne jeden Grund verhaftet und gehetzt werden, und wenn das gesamte Werk der Arbeiterräte als konterrevolutionär gebrandmarkt wird. Wir sind schließlich zu dem Schluß gekommen, daß wir die Wünsche der Arbeiter nicht verwirklichen können, und ohne Rücksicht auf unser persönliches Schicksal, legen wir einstimmig unsere Arbeiterratsmandate zurück.

Unser Beschluß heißt nicht, daß wir versuchen, uns der Verantwortung zu entziehen, sondern es ist unsere Auffassung, daß wir, da wir nicht in der Lage sind, in der gegenwärtigen Zeit die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen, wir unsere Genossen durch unser Bestehen nicht täuschen sollen. Aus diesem Grund geben wir unser Mandat an die Arbeiter zurück.» (657)

Mit dem Verschwinden der Arbeiterräte verstärkten sich die Reibungen zwischen dem Regime und den Arbeitern immer mehr, Arbeitskonflikte immer heftigerer Natur entstanden; zum Beispiel in Csepel fand am 11. Januar eine Protestdemonstration gegen die Bestätigung des Regierungskommissärs und der Direktoren statt. Die Miliz versuchte, die Demonstrierenden zu verhindern, in das Verwaltungsgebäude einzudringen. Die Miliz wurde verstärkt, Sowjettruppen umgaben den Betrieb, und nach dreistündigem Kampf wurde die Menge gezwungen, sich zu zerstreuen. Die Unruhen in Csepel waren derart, daß am 12. Januar die Regierung Journalisten verbot, die Insel zu besuchen. (658)

Todesstrafe für Streikaufruf

Am 13. Januar wurde im Radio mitgeteilt, daß in Anbetracht der Streiks und Unruhen die gegenwärtigen Vollmachten einer summarischen Rechtsprechung unzureichend seien und daß nun ein wirksameres Verfahren eingeführt werden müsse. Der Erlaß erweiterte die Vollmachten der Schnellgerichte und bedrohte mit Todesstrafe alle jene, die absichtlich Betriebe öffentlichen Interesses beschädigen oder die absichtlich das Funktionieren solcher Betriebe stören, indem sie andere zum Streik aufrufen. Personen, die solcher Verbrechen beschuldigt werden, können mündlich, ohne Anklageschrift, angeklagt und verurteilt werden. (659)

Stalins Wiedergeburt

Im Laufe des Februars scheint sich die Zusammensetzung der übriggebliebenen Arbeiterräte so geändert zu haben, daß die Regierung nun die Schaffung von Arbeitermilizen und die Bildung eines bewaffneten Betriebsschutzes anordnen konnte. Mehr und mehr wurde über Wiedereinführung des Akkordsystems und der Produktionsnormen gesprochen, und der Finanzminister, Kossa, bezeichnete den Stundenlohn als «Lohndemagogie». In der Sitzung des Parlaments am 10. und 11. Mai faßte Herr Kadar die Situation in Ungarn zusammen. Er bezog sich nicht auf die Rolle der Arbeiterräte, aber er machte einige Bemerkungen über die Unzufriedenheit der Arbeiter. In diesem Zusammenhang rief er für eine engere Verbindung der Massen und der Führung auf. Er gab folgende Erklärung ab:

> *«Nach meiner Meinung ist es nicht die Aufgabe der Führer, die Wünsche und den Willen der Massen zu verwirklichen ... meiner Meinung nach ist es die Aufgabe der Führer, das Interesse der Massen zu vertreten ... in der jüngsten Vergangenheit haben wir die Erscheinung erlebt, daß gewisse Arbeitergruppen gegen ihre eigenen Interessen handelten; in diesem Fall ist es die Aufgabe des Führers, die Interessen der Massen zu vertreten und nicht ihre unrichtigen Ideen mechanisch zu erfüllen. Wenn der Wunsch der Massen nicht mit dem Fortschritt übereinstimmt, dann muß man die Massen in eine andere Richtung führen.»*